

Vor 75 Jahren sollte ganz Feichten in einem riesigen Stausee versinken

Kraftwerkspläne anno 1930

Die Pläne der TIWAG, neue Kraftwerke zu bauen, stießen in der Bevölkerung einhellig auf Ablehnung, obwohl eine behutsame Nutzung der vorhandenen Wasserkräfte aus energiepolitischen Gründen durchaus angebracht erscheint.

Der nachfolgende Beitrag soll aufzeigen, daß 1930, als die TIWAG im Oberland noch nicht präsent war, ein viel schwerwiegender Eingriff in die Natur und in den Lebensraum der Menschen geplant war und nur durch die Weltwirtschaftskrise vereitelt wurde.

Rettungsanker – Ausbau der Wasserkräfte.

Nach dem Ersten Weltkrieg war Österreich von seinen ehemaligen, nunmehr in der Tschechoslowakei liegenden Kohlevorkommen abgeschnitten. Im Ausbau der Wasserkräfte sah der junge Staat die einzige Möglichkeit zur Energiegewinnung und Entlastung der Handelsbilanz und damit eine Chance zu seiner Überlebensfähigkeit.

Daß Tirol mit seinen gewaltigen Wasserreserven eine vorrangige Rolle spielen würde, war von vorne herein klar. Die in Landeck schon seit 1902 etablierte „Continental Gesellschaft für angewandte Elektrizität“, erhielt bereits 1921 die Konzession zum Bau eines Großkraftwerkes. Der Inn sollte bei Pontlaz gefaßt und unter dem Venetmassiv unter Aufnahme des Pitzebaches nach Roppen geleitet werden. Zusätzlich wäre die Öztaler Ache bei Tumpen gestaut und ebenfalls nach Roppen geführt worden, wo ein gemeinsames Kraftwerk die Stromerzeugung besorgt hätte. Da der „Conti“ verschiedene Bedingungen der Konzession nicht entsprachen, kam das Projekt über Vorstudien aber nicht hinaus.

Plan eines Kraftwerkes an der Sanna.

Die Elin-AG in Wien plante 1929 ein Kraftwerk an der Sanna in Bruggen. Die Wasserfassung war bei Pians vorgesehen. Ein Hangkanal sollte das Wasser zu den Turbinen nach Landeck-Bruggen leiten. Mit einer Höchstwassermenge von 24 m³ pro Sekunde wären nach den Berechnungen 8.500 KW Leistung zu erzielen gewesen. Die Gemeinderäte standen dem Vorhaben positiv gegenüber; man hoffte insgeheim, damit eine Trumpfkarte gegen die Konzessionäre der Westtiroler Kraftwerke in der Hand zu haben¹. In der Gemeinderatssitzung am 30. September 1929 stellte der Vertreter der „Elin“, Ministerialrat a.D. Ing. Grünhut-Bartoletti das Projekt vor.

Für die wasserrechtliche Verhandlung mit den betroffenen Gemeinden am 1. und 2. Oktober 1929 nominierte der Gemeinderat Bürgermeister Greuter, Bürgermeister-Stellvertreter Neubauer und als Ersatzmann Gemeinderat Obetimpfler als offizielles Verhandlungsteam. Als Grundlage für die Besprechung diente ein Forderungskatalog mit sechs Punkten²:

1. Die Garantie einer Stromversorgung der Stadtgemeinde für immerwährende Zeiten für einen noch festzusetzenden Vorzugspreis
2. die Festsetzung unverlängerbarer Fristen für den Beginn und Beendigung des Ausbaues

¹ Gemeinderatssitzung vom 22.6.1929

² Dieser Forderungskatalog ist in der Nr. 229 vom 4.10.1929 des Tiroler Anzeigers abgedruckt

3. die Abgabe vom Strom nur an solche Industrien, deren Betrieb nicht irgendwie nachteilig für Gesundheit und Kulturen ist und sich nicht durch Rauch- oder Gasentwicklung oder sonst wie belästigend für die Umgebung auswirkt, wobei der Strom in erster Linie für den Bedarf des Bezirkes und seiner unschädlichen Industrien zu verwenden ist und jedenfalls nicht außerhalb des Landes Tirol ausgeführt werden darf.
4. Wahrung des Rechtes der Stadtgemeinde vor Erteilung der Konzession allenfalls noch selbst als Konzessionswerberin auftreten zu können.
5. Verlegung des Kraftwerkes an das westliche Ende des Bruggfeldes, damit nicht dieses für die Landwirtschaft wichtige Gebiet durchschnitten und wertlos gemacht wird.
6. Führung der Wasserzuleitung in einem geschlossenen Kanal oder in einer Rohrleitung

In den späteren Protokollen und auch in der Presse sind keine weiteren Eintragungen über dieses Projekt mehr zu finden.

Speicherkraftwerke statt Laufkraftwerken.

Bis auf das Achenseekraftwerk, das 1924 von der neu gegründeten TIWAG übernommen wurde und dem Planseewerk gab es in Tirol nur Laufkraftwerke. Diese hatten den großen Nachteil, daß durch die niedrigeren Wassermengen in den Wintermonaten kein Spitzenstrom erzeugt werden konnte und damit ein devisenbringender Stromexport nicht zu erzielen war. So kam es zu Ausbauplänen, die in den Bezirken Imst und Landeck – nicht zuletzt wegen der diktatorischen Art und Weise der Ankündigung - durchwegs auf Ablehnung stießen.

Unter dem Sammelbegriff „Westtiroler Kraftwerke“³ entstanden große Ausbaupläne.

Die Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätsgesellschaft (RWE) führte im Frühjahr 1927 mit der Tiroler Landesregierung Verhandlungen über eine Nutzung der Tiroler Wasserkräfte. Sie stellte jedoch die Bedingung, daß die Aktienmehrheit in ihrer Hand bleiben müsse. Diese Klausel war für das Finanzministerium nicht akzeptabel. Darauf trat eine österreichische Bankengruppe unter Führung der Bodenkreditanstalt mit der niederösterreichischen Escomptegesellschaft als Bewerbergruppe auf. Durch den Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt scheiterte vorerst auch diese Initiative.

Nun zeigte die Creditanstalt Interesse und legte im Feber 1930 ein Projekt der Firma Innerebner & Mayr, ausgearbeitet von Ministerialrat i.P. Ing. Pernt, vor. Danach sollten die Wasserkräfte des Inn von Pfunds bis Silz und alle Nebenflüsse aus den südlichen Seitentälern der Nutzung unterzogen werden.

Im April 1930 reichte eine zweite Gruppe unter Federführung der Ing. Spritzer AG ein Projekt ein, das ebenso die totale Inanspruchnahme der Wasserkräfte im westlichen Tirol vorsah. Hinter diesem Projekt standen der Wiener Bankverein sowie die Firmen Elin und Siemens-Schuckert.

Bei der Tiroler Landesregierung läuteten die Alarmglocken. Man befürchtete, von Wien übergangen zu werden. Und in der Tat berief sich die Bundesregierung auf eine kaiserliche Verordnung vom 6.10.1914 die besagte, daß die Regierung Bauten und

³ Diese Westtiroler Kraftwerke sind mit der 1924 gegründeten TIWAG nicht ident

Betriebsanlagen aller Art, die öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken dienen, als begünstigte Bauten erklären konnte. Derartige Bauten waren ohne weitere Behördenverfahren nur vom zuständigen Ministerium zu überprüfen und zu genehmigen. Die durch die allfällige Enteignung betroffenen Personen oder Körperschaften besaßen keine Parteistellung, sondern konnten lediglich Entschädigungsansprüche geltend machen.

Landeshauptmann Dr. Stumpf erinnerte die Wiener Zentralstellen an ein Gesetz aus dem Jahre 1919, welches das Wasserrecht wohl der Bundeskompetenz zuordnete, der Landesregierung für die Nutzung der Wasserkräfte zur Energiegewinnung aber ein Genehmigungsrecht einräumte.

Die Projekte im Detail.

Sowohl das Projekt der Fa Innerebner & Mayr als auch das von der Spritzer AG waren aus rein technischen Erwägungen heraus erstellt worden und nahmen keine Rücksicht auf die betroffenen Bewohner und deren Siedlungs- und Lebensraum. So sollte im Ötztal das ganze Längenfelder Becken unter Wasser gesetzt werden, und im Pitztal wäre die Ache bei Ritzenried gestaut worden. Im Kaunertal waren sogar zwei Stauseen vorgesehen. Der höher gelegene (unterhalb der Einmündung des Kaiserbaches in die Fagge) entspricht ungefähr der Situierung des heutigen Stausees. Die untere Staumauer wäre in der Talenge hinter Kaltenbrunn entstanden und hätte ganz Feichten überflutet. Weitere Staumauern sollten entlang des Innflusses gebaut werden. Die oberste Staustufe wäre bei Pfunds, Kajetansbrücke, vorgesehen gewesen und hätte den Inn 35 km, also weit in das Engadin hinein gestaut. Bei Prutz wäre das Turbinenhaus zur Stromerzeugung entstanden. Die mittlere Staustufe entsprach ungefähr dem heutigen Innkraftwerk. Das dritte Kraftwerk war bei Mötz geplant und hätte den Inn von Roppen bis hinauf zur Imster Au gestaut.

Am 13. August 1930 brachten die Zeitungen unter dem Titel „Das dritte Projekt“ einen ausführlichen Artikel über ein vom Innsbrucker Zivilingenieur Kofler ausgearbeitetes Papier. Dabei handelte es sich aber nicht um einen völlig neuen Plan. Ing. Kofler versuchte vielmehr, die Vorzüge der beiden vorhandenen Projekte zu vereinen und deren Nachteile auszuschalten oder zu vermindern, also einen Mittelweg zu beschreiten.

Die Tiroler Landesregierung stand voll hinter Ing. Kofler und vertrat bei ihren Vorsprachen in Wien vehement diesen Standpunkt. Doch Bundeskanzler Dr. Johannes Schober hielt die Tiroler mit vagen Versprechungen hin.

Reaktionen der Bevölkerung.

Die Ötztaler waren die ersten, die sich vehement gegen die Ausbaupläne mit der Überflutung des Längenfelder Beckens aussprachen. Sie hatten nicht nur die Tiroler Landesregierung auf ihrer Seite, auch die hinter dem Projekt stehende, in Tirol ansässige Firma Innerebner & Mayr ließ verlauten, sie wolle nicht gegen den strikten Willen der Bevölkerung handeln und ev. vom Vorhaben absehen. Mit der Wasserentnahme bei Tumpen und einem Tagesspeicher bei Piburg schienen sich beide Seiten abzufinden.

Um so mehr in den Vordergrund rückten die beiden Stauseen im Kaunertal, die für die Erzeugung von Spitzenstrom unverzichtbar waren. Die Projektanten waren so zuversichtlich, daß sie für die Aussiedler bei St. Johann und Erpfendorf bereits Gründe

ankaufen. Als besonderes „Zuckerl“ für die Oberinntaler wurde der Ausbau der Reschenbahn bis Pfunds in Aussicht gestellt.

Im Gasthof Post in Prutz fand am 20. Juli 1930 eine Protestversammlung unter enormer Beteiligung der Bevölkerung statt, zu der der Bauernbund geladen hatte. Landtagsabgeordneter Riezler führte den Vorsitz und konnte Landshauptmannstellvertreter Dr. Tragseil, Nationalrat Haueis, den Landtagsabgeordneten und Altbürgermeister von Landeck, Josef Hamerl, Bezirkshauptmann Graf Marzani, Hofrat Baron Dr. Hohenbruck und eine starke Abordnung aus Längenfeld begrüßen.

Graf Marzani gab Erläuterungen zu den geplanten zwei Stauseen. Der obere Staudamm sah eine Höhe von 74 Metern vor und hätte das Wasser bis auf Kote 1170 aufgestaut. Die Jahresabflußmenge von 110,6 Millionen m³ wäre durch diesen Speicher von 49,8 Millionen m³ Nutzinhalt vollständig ausgeglichen worden.

Die untere Sperrmauer mit einer Höhe von 140 Metern bis zum Hupphof hinauf hätte das gesamte Tal bis weit hinter Feichten unter Wasser gesetzt. Mit 50,5 Millionen m³ Nutzinhalt wäre ein gewaltiger See entstanden, wodurch die in dem dazwischen liegenden Niederschlagsgebiet abfließende Jahresmenge von 123,4 Millionen m³ ebenfalls aufgefangen worden wäre. Von der gesamten Jahresabflußmenge von 234 Millionen m³ sollten 22 m³ Wasser pro Sekunde täglich durch acht Stunden bis zum Kraftwerk am Faggenbach bei Prutz geleitet werden. Von der Aussiedlung wären rund 350 Bewohner, also das ganze Dorf Feichten mit seinen Weilern betroffen gewesen.



Feichten, auf einer Postkarte aus dem Jahre 1919. Nach den Kraftwerksplänen von 1930 sollte das ganze Talbecken durch den Stausee überflutet werden.

Mit einem scharfen Protest gegen die uneinsichtige Haltung der Wiener Regierung endete die Versammlung in Prutz. In der Presse erschienen in den folgenden Wochen fast täglich Artikel mit deftigen Ausdrücken wie „schlechter Despotismus der Zentralbürokratie“, „die Regierung in Wien betreibt Schindluder mit den Interessen Tirols“ oder „die ererbte Scholle wird dem Großkapital geopfert“.

Landeshauptmann Dr. Stumpf bemängelte in einer Aussprache mit Bundeskanzler Dr. Schober daß mit den Schweizer Behörden bezüglich des Stausees im Engadin noch kein Kontakt aufgenommen worden sei und deponierte einen Forderungskatalog mit acht Punkten. So sollten ein objektives Gutachten, ein klares Bauprogramm, ein Finanzierungskonzept und Abnahmeverträge vorgelegt werden, eine Begehung stattfinden und dann erst über einen Bau entschieden werden.

Auf Grund dieser Intervention fanden vom 16. bis 20. September 1930 unter der Leitung von Ministerialrat Dr. Deutschmann, einer Reihe von Sachverständigen, hohen Beamten, Vertretern der Projektanten und Landespolitikern Zusammenkünfte statt. In den betroffenen Gemeinden waren auch die jeweiligen Bürgermeister geladen. Die Begehung begann in Martinsbruck, führte weiter ins Kauner- Pitz- und Ötztal und endete in Silz. Beeindruckt durch die einhellige Ablehnung der betroffenen Gemeindevertretungen und den Vertretern des Landes schienen die Verantwortlichen der Regierung und die Projektanten vom Bau der großen Stauseen absehen zu wollen.

„Das Projekt der Bankengruppe ist durchgedrungen“

lautete die Schlagzeile des „Tiroler Anzeigers“ in der Ausgabe vom 24. November 1930. Zwei Tage darauf wurde der Wortlaut des Regierungsbescheides in voller Länge abgedruckt. Die Escomte-Gesellschaft und die Creditanstalt mit Ministerialrat a.D. Ing. Max Pernt sowie die Bauunternehmung Innerebner & Mayr erhielten mit ihrem Projekt der Nutzung der Wasserkräfte des oberen Inns mit den südlichen Seitentälern sowie die Nutzung des Plansees als Pumpspeicherwerk mit der Nutzung des Lechflusses das Prädikat, ihr Vorhaben als „begünstigten Bau“ durchzuführen. Diese Berechtigung war allerdings mit einigen Auflagen verbunden. So mußte u.a. vom Stausee in Längenfeld abgesehen werden. Für die übrigen Vorhaben waren folgende Fristen zu beachten:

1. die Vorarbeiten für die untere Oetzstufe (Maurach-Silz) mußten bis 31. Dezember 1930 begonnen werden,
2. das verhandlungsreife Detailprojekt für die untere Oetzstufe mußte bis 31. April 1931 eingereicht sein und
3. die verhandlungsreifen Detailprojekte für die übrigen Teile des gesamten Bauvorhabens mußten bis 31. Dezember 1932 vorliegen. Andernfalls würde die Begünstigungserklärung erlöschen.

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft, die nicht nur zur Kapitalaufbringung bereit gewesen wäre, sondern auch die Stromabnahme garantiert hätte, zeigte sich verstimmt über diese Vorkonzession. Doch die von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise hatte bereits ihre Schatten vorausgeworfen und der Zusammenbruch der Creditanstalt sorgte für das abrupte Scheitern dieser Kraftwerksvorhaben.

In der nationalsozialistischen Aera wollte man die Kraftwerksprojekte im Oetztal wieder vorantreiben, und da hätten die Talbewohner wohl den Kürzeren gezogen, wenn der Krieg diese Pläne nicht vorzeitig zunichte gemacht hätte.

Mit dem Laufkraftwerk Fließ-Imst (1956) und dem Kaunertalkraftwerk (1966) wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Projekte, die auf den alten Planungen beruhten, mit neuer Technik verwirklicht.

Georg Zobl

Quellenangabe:

Gemeinderatsprotokolle

Zeitungsartikel (vorwiegend Tiroler Anzeiger)

Schober: Tirol zwischen den Weltkriegen (Wagner 2005)